

Prammer: Schaffung der 100.000 fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen ist das "Non-plus-ultra"

Wien (SK) Die Schaffung der noch fehlenden 100.000 Kinderbetreuungsplätze sei "unumgänglich" und das "Non plus ultra", betonte SPÖ-Frauenvorsitzende Barbara Prammer am Dienstag Vormittag in einer Pressekonferenz zum Thema "Familie NEU sucht Arbeit NEU". Bei einer Regierungsbeteiligung nach der Wahl werde die SPÖ zudem das Kindergeld neu gestalten und die Kindergartenmillionen wieder einführen, so Prammer. Die SPÖ-Abgeordnete und familienpolitische Sprecherin der Österreichischen Kinderfreunde, Gabriele Binder, hob im Besonderen auf die Notwendigkeit der Qualitätssicherung und des vielfältigen Angebots der Betreuungseinrichtungen ab. Denn: "Kinder haben ein Recht auf höchste pädagogische Qualität und die Eltern sollen entsprechend ihren Bedürfnissen aus einer Vielfalt an Betreuungsmodellen auswählen können." ****

"Wir wollen das derzeitige Kindergeld so gestalten, dass es den Bedürfnissen vor allem der berufstätigen Mütter und Väter gerecht wird und den Alleinerzieherinnen die dringend nötige Entlastung bringt", erklärte Prammer die "Umbau-Pläne" der SPÖ für das Kindergeld. "Ganz wichtig" sei es, Anreize zum kürzeren Verbleib zu Hause zu geben, so Prammer. "Die Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, ob sie lieber kürzer in Karenz gehen und dafür ein bedeutend höheres Kindergeld beziehen, oder ob sie länger in Karenz bleiben und dadurch Geld wie bisher in Anspruch nehmen wollen."

Binder wies in ihrem Statement auf die geänderten Familiensituationen hin, die sowohl Chancen, als auch neue Probleme mit sich bringen: "Von den 1,4 Millionen Familien mit Kindern leben 70 Prozent in Ehen, ca. fünf Prozent in Lebensgemeinschaften und ca. 25 Prozent in Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil." Zudem entstehen immer mehr "Patchworkfamilien" - das seien Familien, die nach Trennungen wieder neu zusammenfinden. Die SPÖ versuche diesen geänderten Rahmenbedingungen mit der vor 14 Tagen gestarteten Kooperation "Wir sind Familie" Rechnung zu tragen, wies Prammer hin - und erklärte den Zweck dieses Projekts: "Damit soll einerseits an die Gesellschaft appelliert werden, Toleranz gegenüber allen Formen des gemeinsamen Zusammenlebens zu üben, und andererseits wird die Politik aufgefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen

Menschen die Freiheit bei der Wahl ihrer bevorzugten Familienform
gewährleistet." (Schluss) lm

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ

Tel.: (++43-1) 53427-275

<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0129 2002-10-29/12:16

291216 Okt 02

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20021029_OTS0129